

Presseinformation



Nationale Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr der Chemie 2011

Ausführungen von Herrn Michael Vassiliadis,
Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie,
am 9. Februar 2011 vor der Presse in Berlin, Radialsystem V

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Internationale Jahr der Chemie steht unter dem Motto „Chemie – unser Leben, unsere Zukunft“. Ein hoher Anspruch, allerdings ein durchaus berechtigter Anspruch. Die Chemie liefert viele wichtige Beiträge für Forschung, Entwicklung und Produkte. Zugespitzt: Ohne Chemie wird es keine nachhaltige Entwicklung geben.

UNESCO-Generaldirektor Koïchiro Matsuura begründete die Wahl des Mottos mit der bedeutenden Rolle der Chemie zur Bewältigung der enormen globalen Herausforderungen. Die Entwicklung alternativer Energiequellen wird ohne Chemie nicht gehen, die Ernährungsfrage wird ohne Chemie nicht zu lösen sein. Deshalb, so der Generaldirektor, werde es immer wichtiger, die Öffentlichkeit über Chancen und Risiken der Chemie zu informieren.

Die chemische Industrie in Deutschland steht gut da. Das dem so ist, verdankt sie nicht zuletzt einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft. Die IG BCE trägt auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Feldern erheblich dazu bei, dass die chemische Industrie auf eine außerordentlich erfolgreiche Vergangenheit zurückschauen kann und für die Zukunft gut gerüstet ist.

Die IG BCE steht für Fortschritt und Nachhaltigkeit. Unser Fokus liegt dabei auf Guter Arbeit. Denn Fortschritt bedeutet für uns, dass neue Entwicklungen und neues Wachstum zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen genutzt werden. Es muss eine Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit geben. Fortschritt bedeutet für uns: Mehr Verteilungsgerechtigkeit, ausgeglichene Bildungschancen für alle, Gute Arbeit statt Arbeit um jeden Preis.

Zugegeben: Was gesellschaftlicher Fortschritt im Einzelfall bedeutet, das ist nicht immer eindeutig, sondern häufig umstritten. Vernünftige Entscheidungen sind in

Konfliktfällen nur erreichbar, wenn wir uns in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft über eines einig werden:

Es geht nicht ohne verantwortliches Handeln und langfristiges Denken. Das verstehen wir unter Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit in diesem Sinne ist aber nicht ausschließlich auf die ökologische Dimension ausgerichtet zu sehen. Verantwortlichkeit und Langfristigkeit sind genauso auf soziale und ökonomische Fragen zu beziehen.

Wir haben in Deutschland mit Akzeptanzproblemen insbesondere bei Großprojekten zu kämpfen. Akzeptanz, ich habe das eingangs bereits angedeutet, setzt Aufklärung und Beteiligung voraus, aber auch Teilhabe an den Ergebnissen fortschrittlicher Industrie und Infrastruktur, das darf nicht weiter unterschätzt werden. Wir sind mittlerweile weit davon entfernt, dass alle Mitglieder der Gesellschaft vom Zuwachs an Wirtschaftsleistung profitieren.

Ein zentrales Feld der Auseinandersetzung um Fortschritt und Nachhaltigkeit wird die Energiepolitik bleiben, weil eine sichere Versorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen eine entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ist. Eine umweltfreundliche Energieerzeugung, durch Windkraft, Photovoltaik und auch moderne Kohlekraftwerke sowie eine effiziente Nutzung von Energie sind unverzichtbar, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Ziel ist es, unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs die Voraussetzungen für gute Arbeit zu bewahren, um gemeinsam von ihren Vorteilen zu profitieren. Daher werden wir weiterhin – in der Tradition unserer bewährten Sozialpartnerschaft – für eine respektvolle Verständigung eintreten, faire Standards und Regeln einfordern und mitgestalten, Vertrauen aufbauen und verantwortungsvoll für Gute Arbeit eintreten. Nachhaltiger unternehmerischer Erfolg ist dabei die Basis für Gute Arbeit. Gute Arbeit fördert Innovation und Wettbewerbsfähigkeit durch Qualifikation und Weiterbildung. Gute Arbeit ist geprägt von einer Kultur der Teilhabe und Mitgestaltung.

Fortschritt und Nachhaltigkeit sind der Schlüssel für eine gute Zukunft.

Um die Ausrichtung des Internationalen Jahres der Chemie in Deutschland kümmert sich das Forum Chemie. Ihm gehören folgende Organisationen an:

Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) (federführend), Berufsgenossenschaft Rohstoffe und Chemische Industrie (BG RCI), Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC), Deutsche Bunsen-Gesellschaft für Physikalische Chemie (DBG), Fonds der Chemischen Industrie (FCI), Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie (DECHEMA), Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der Chemischen Industrie (VAA) sowie der Verband der Chemischen Industrie (VCI).

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck- und die Fraunhofer-Gesellschaft unterstützen das Internationale Jahr der Chemie in Deutschland.

Kontakt

DECHEMA-Pressestelle

Dr. Kathrin Rübberdt
Telefon: 069 75 64/277
ruebberdt@dechema.de

GDCh-Pressestelle

Dr. Renate Hoer
Telefon: 069 79 17/493
r.hoer@gdch.de

VCI-Pressestelle

Manfred Ritz
Telefon: 069 25 56/14 96
presse@vci.de